

LEOPOLDINUM PASSAU

Grundwissen Geschichte 8. Jahrgangsstufe

Die folgende Aufstellung enthält das Grundwissen im Fach Geschichte für die 8. Jahrgangsstufe sowohl in knapper tabellarischer Übersicht wie auch als ausführliche Darstellung zum besseren Verständnis der Zusammenhänge.

Alle **fett gedruckten Begriffe** stammen aus dem Grundwissenskatalog des Lehrplans und können jederzeit abgefragt werden.

tabellarische Übersicht

Begriff / Ereignis	Definition
14. Juli 1789	Beginn der Französischen Revolution
Aufklärung	Epoche der Wissenschafts- und Geistesgeschichte des 17./18. Jahrhunderts Die Aufklärung will das Denken der Menschen aus der Bevormundung der alten Autoritäten (Staat, Kirche) herauslösen und die Vernunft (lat. <i>ratio</i>) zur Grundlage erheben.
Menschenrechte	unantastbaren Rechte, die jeder Mensch, unabhängig von seiner Stellung in Staat und Gesellschaft, besitzt Dazu zählen beispielsweise das Recht auf Leben, die Unverletzlichkeit der Person oder die Glaubens- und Meinungsfreiheit.
Volkssouveränität	Grundsatz einer jeden Demokratie, wonach alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dieses seinen Willen z.B. in Wahlen kundtut.
Verfassung	politische Grundordnung eines Staates, die die grundlegenden Gesetze zur Regelung des Zusammenlebens der Menschen mit den Staatsorganen und untereinander enthält (z.B. Staatsform, Art der Herrschaftsausübung, Bildung und Aufgaben der Staatsorgane)
Gewaltenteilung	Grundsatz, wonach sich die Staatsgewalt aus drei Gewalten zusammensetzt: Das Parlament stellt die gesetzgebende Gewalt (<u>Legislative</u>), die Regierung (<u>Exekutive</u>) soll die Gesetze durch Verwaltung und Polizei ausüben, und die Gerichte (<u>Judikative</u>) sollen Recht sprechen. Die Gewalten sollen voneinander getrennt sein und sich gegenseitig kontrollieren. Die Gewaltenteilung ist heute ein grundlegender Bestandteil jeder Demokratie.
Bürgertum	Dieser Teil der Bevölkerung – die freien Bauern und Bürger – bildete seit dem Mittelalter den „dritten Stand“ der Gesellschaft. Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts erkämpfte sich das Bürgertum seine rechtliche und politische Gleichstellung neben dem ersten Stand (Klerus) und dem zweiten Stand (Adel).
Nation	lat. <i>natio</i> : Herkunft, Abstammung seit dem 18. Jahrhundert Bezeichnung für eine große Gruppe von Menschen, die sich durch ihre Sprache, Kultur und Geschichte oder durch eine Verfassung verbunden fühlt
Nationalismus	häufig negativ übersteigerte Form des Nationalgefühls, welche sich in einer aggressiven nationalen Interessenspolitik niederschlagen kann
Kaisertum Napoleons	1799 übernahm Napoleon Bonaparte (1769-1821) durch einen Militärputsch die Macht in Frankreich und erklärte die Revolution

	<p>für beendet.</p> <p>1804 krönte er sich selbst zum Kaiser der Franzosen.</p> <p>Neben zahlreichen innenpolitischen Reformen basierte seine Herrschaft vor allem auf militärischen Erfolgen.</p> <p>Auf diese Weise erreichte er neben der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806 eine französische Vormachtstellung in ganz Europa.</p> <p>1814 musste er nach der Niederlage im Russlandfeldzug (1812) und den deutschen Befreiungskriegen (1813/14) abdanken und wurde auf die Insel Elba gebracht.</p> <p>Nach einer kurzen Rückkehr nach Frankreich wurde er in der Schlacht bei Waterloo (1815) endgültig besiegt und auf die Insel St. Helena verbannt.</p>
1806	Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation
Maximilian Joseph von Montgelas, (1759-1838)	<p>ab 1799 leitender Minister in Bayern (Zeitweise hatte er zugleich, das Außen-, das Innen- und das Finanzministerium unter sich)</p> <p>sicherte Bayern während der napoleonischen Kriege großen Landgewinn</p> <p>trug maßgeblich dazu bei, dass aus dem Kurfürstentum 1806 das Königreich Bayern wurde</p> <p>reformierte Bayern grundlegend nach frz. Vorbild und gilt als „Vater des modernen bayerischen Staates“</p>
Liberalismus	<p>lat. <i>liberalis</i>: freiheitlich</p> <p>politisch Bewegung, die von den Ideen der Aufklärung geprägt wird</p> <p>fordert die freie Entfaltung des Individuums</p> <p>zentrale Anliegen: Gründung einer Nation, Erlass von Verfassungen, Durchsetzung von Menschenrechten, Schaffung einer freien Wirtschaftsordnung</p>
1815	Wiener Kongress
Deutscher Bund	<p>gegründet auf dem Wiener Kongress</p> <p>steht in der Nachfolge des untergegangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation</p> <p>lockerer Zusammenschluss von 34 unabhängigen Fürsten und vier freien Städten zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der Mitglieder</p> <p>1866 zerfiel er wieder.</p>
1832	Hambacher Fest
1848/49	Revolution in Deutschland
industrielle Revolution	<p>tiefgreifender Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, ausgelöst durch die ca. 1770 in England einsetzende Industrialisierung</p> <p>erreicht ca. 1830 die deutschen Staaten, wobei der Eisenbahnbau eine Schlüsselrolle einnimmt</p> <p>Von entscheidender Bedeutung für die Industrialisierung waren die Entwicklung der Dampfmaschine sowie weitere technische Erfindungen.</p> <p>Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fand in Deutschland der Übergang von der Agrargesellschaft (Landwirtschaft) zur Industriegesellschaft statt.</p>
soziale Frage	<p>negative Folgeerscheinung der raschen Industrialisierung, z.B.: Verelendung, extrem hohe Arbeitszeiten, niedrige Löhne, unzumutbare Arbeitsbedingungen, Wohnungsnot, fehlende Absicherung bei Krankheit und Invalidität</p> <p>Zunächst versuchten Vertreter der Kirche (z.B. Kolping oder Wiechern) und einige Unternehmer (z.B. Krupp) die Situation der Arbeiter zu verbessern.</p>
Sozialgesetzgebung	<p>Die Regierenden handelten erst spät (1883 bis 1889), als Bismarck eine für die damalige Zeit sehr fortschrittliche und einmalige Sozialgesetzgebung (Kranken-, Unfall- und Alters-</p>

	versicherung) einführte.
Sozialismus	lat. <i>socius</i> : Genosse Lehre von Karl Marx, in der er eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in welcher die Bedürfnisse der Gemeinschaft über den Rechten des Individuums stehen. An die Stelle des Privateigentums an Grund, Boden und Kapital tritt das Volkseigentum. Die Gleichheit aller war eines der obersten Ziele. Der Sozialismus wurde als notwendige Übergangsphase zum Kommunismus, der eigentlichen klassenlosen Gesellschaft, gesehen. Diese Ansichten widersprachen somit der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
Arbeiterbewegung	entstehendes Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Arbeitern; Organisation der Arbeiter in Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften oder Parteien, um ihre Benachteiligung auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu beseitigen
1871	Reichsgründung
Deutsches Kaiserreich	deutscher Staat, der im Verlauf des dt.-frz. Krieges im Spiegelsaal von Versailles ausgerufen wurde An der Spitze stand der König von Preußen als Deutscher Kaiser (konstitutionelle Monarchie). Es bestand bis 1918.
Otto von Bismarck (1815-1898)	preußischer Ministerpräsident und zugleich erster deutscher Reichskanzler gilt als Motor der deutschen Reichsgründung und hat mit seiner Politik die Anfangsjahre des Kaiserreiches entscheidend beeinflusst.
Reichstag	Parlament des Deutschen Reiches Seine Mitglieder wurden durch ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Männerwahlrecht gewählt. Dem Parlament fehlten jedoch wichtige Befugnisse, um das politische Geschehen zu beeinflussen: Der Reichskanzler und die Reichsregierung waren der Volksvertretung gegenüber nicht verantwortlich und der Kaiser konnte das Parlament jederzeit auflösen.
Parteien	organisierter Zusammenschluss von Bürgern mit gemeinsamen politischen Vorstellungen und Zielen, um Einfluss auf die Gestaltung des Staates zu nehmen. Kennzeichen einer Partei sind eine dauerhafte Organisation, ein Parteiprogramm, welches die Ziele fixiert, und der Wille, die Verhältnisse im Staat mitzugestalten, indem sie sich u.a. zur Wahl stellen Die Wurzeln der Parteien gehen auf die politischen Klubs von 1848/49 zurück.
Kulturkampf	Konflikt des Staates mit der katholischen Zentrumspartei bzw. der katholische Kirche (ca. von 1871 bis 1887) Auseinandersetzung um Machtansprüche und die Abgrenzung von staatlichem und kirchlichem Einflussbereich Maßnahmen Bismarcks: Verbot für Geistliche, von der Kanzel über Staat und Politik zu sprechen (Kanzelparagraph), Verbot des Jesuitenordens, Einführung der staatlichen Schulaufsicht, Einführung der Zivilehe (Standesamt) Allerdings ging das Zentrum aus dem Kulturkampf gestärkt hervor und Bismarck musste seine Maßnahmen teilweise zurücknehmen.
Sozialistengesetz	erlassen in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie (1878-1890). Es verbot alle sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Vereine, Versammlungen und Schriften, wobei

	<p>jedoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestehen blieb.</p> <p>Ziel war die Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften.</p> <p>Insgesamt stellte sich dieses Vorgehen jedoch als Fehlschlag heraus, da die Sozialdemokratie stark an Wählern gewann.</p>
Imperialismus	<p>Zeitraum zwischen ca. 1880 und 1914/18, in dem die Großmächte Kolonialreiche schufen und die Welt in Einflusssphären aufteilten.</p> <p>Gründe für den (häufig gewaltsamen) Aufbau einer direkten oder indirekten Herrschaft über Kolonien waren Machtstreben, religiöses oder kulturelles Sendungsbewusstsein, wirtschaftliche Interessen oder innenpolitische Probleme.</p>
1914-1918	Erster Weltkrieg
1917	Russische Revolution
Vertrag von Versailles	<p>Nach der deutschen Kapitulation 1918 beendete der Vertrag von Versailles (unterzeichnet 1919; in Kraft getreten 1920) zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten formell den Ersten Weltkrieg.</p> <p>Deutschland wurde in diesem Vertrag die Alleinschuld am Krieg zugewiesen (Art. 231), was einschneidende Gebietsabtretungen und hohe Reparationszahlungen mit sich brachte.</p>

ausführliche Zusammenfassung

Europa im Zeitalter der Revolutionen

In der **Epoche der Aufklärung** (17./18. Jh.) wurden die von der Religion geprägten Ansichten über Natur, Staat und Gesellschaft in Frage gestellt. Die Aufklärer wollten das Denken der Menschen aus der Bevormundung der alten Autoritäten (Staat, Kirche) herauslösen und die Vernunft (lat. *ratio*) zur Grundlage erheben. In diesem Zusammenhang forderten sie die freie Entfaltung der Menschen auf der Grundlage der **Menschenrechte**. Diese unantastbaren Rechte besitzt jeder Mensch, unabhängig von seiner Stellung in Staat und Gesellschaft. Dazu gehören beispielsweise das Recht auf Leben, die Unverletzlichkeit der Person oder die Glaubens- und Meinungsfreiheit. Daraus folgte, dass sich die Aufklärer gegen den Machtanspruch der absolutistischen Herrscher wandten. Der französische Jurist Charles de Montesquieu entwickelte 1748 die Idee der **Gewaltenteilung**, wonach sich die Staatsgewalt aus drei Gewalten zusammensetzt: Das Parlament stellt die gesetzgebende Gewalt (Legislative), die Regierung (Exekutive) soll die Gesetze ausführen, und die Gerichte (Judikative) sollen Recht sprechen. Dabei sind die Gewalten voneinander getrennt und kontrollieren sich gegenseitig. Die Gewaltenteilung ist heute ein grundlegender Bestandteil jeder Demokratie ebenso wie die **Volkssouveränität**, wonach alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dieses seinen Willen in Wahlen kundtut.

Auf Grund zahlreicher sozialer und wirtschaftlicher Probleme forderten die Bürger in Frankreich unter dem Eindruck der Aufklärung mehr Rechte und bessere Lebensbedingungen. Am **14. Juli 1789** kam es schließlich zum Sturm auf die Bastille, welcher allgemein als der **Beginn der französischen Revolution** angesehen wird. In ihrem Verlauf wurden in Frankreich die

Menschenrechte verkündet, und eine **Verfassung** (Konstitution) wurde erlassen. Sie enthält die grundlegenden Gesetze zur Regelung des Zusammenlebens der Menschen mit den Staatsorganen und untereinander. Im September 1792 wurde in Frankreich eine Republik errichtet, welche zunächst unter dem Einfluss des **Bürgertums** stand. Dieser Teil der Bevölkerung – die freien Bauern und Bürger – bildete seit dem Mittelalter den „dritten Stand“ der Gesellschaft. Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts erkämpfte sich das Bürgertum seine rechtliche und politische Gleichstellung neben dem ersten Stand (Klerus) und dem zweiten Stand (Adel).

1799 übernahm **Napoleon Bonaparte (1769-1821)** durch einen Militärputsch die Macht in Frankreich und erklärte die Revolution für beendet. 1804 krönte er sich selbst zum **Kaiser der Franzosen**. Neben zahlreichen innenpolitischen Reformen basierte seine Herrschaft vor allem auf militärischen Erfolgen. Auf diese Weise erreichte er neben der **Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806** (welches seit der Kaiserkrönung Ottos des Großen 962 bestanden hatte) eine französische Vormachtstellung in ganz Europa. Das Ende seiner Herrschaft wurde durch die Niederlage im Russlandfeldzug (1812) und die deutschen Befreiungskriege (1813/14) eingeleitet. 1814 musste er abdanken und wurde auf die Insel Elba gebracht. Nach einer kurzen Rückkehr nach Frankreich wurde er in der Schlacht bei Waterloo (1815) endgültig besiegt und auf die Insel St. Helena verbannt.

1814/15 trafen sich die Herrscher Europas auf dem **Wiener Kongress**, um das „nachnapoleonische“ Europa neu zu ordnen. Das Gleichgewicht zwischen den fünf Großmächten Großbritannien, Russland, Frankreich, Österreich und Preußen sollte wieder hergestellt werden. Alle Bestrebungen, einen einheitlichen deutschen Nationalstaat zu gründen, wurden abgelehnt. Als **Nation** (lat. *natio*: Herkunft, Abstammung) wird eine große Gruppe von Menschen bezeichnet, die sich durch ihre Sprache, Kultur und Geschichte oder durch eine Verfassung verbunden fühlt. Stattdessen gründeten die Fürsten einen **Deutschen Bund**, der in der Nachfolge des untergegangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation stand. Dieser lockere Zusammenschluss von 34 unabhängigen Fürsten und vier freien Städten hatte zum Ziel, die innere und äußere Sicherheit der Mitglieder zu gewährleisten. 1866 zerfiel er wieder. Um ihre Souveränität zu stützen, unterdrückten die Mitglieder des Bundes alle nationalen und liberalen Bestrebungen. Der **Liberalismus** (lat. *liberalis*: freiheitlich) war von den Ideen der Aufklärung geprägt und forderte die freie Entfaltung des Einzelnen. Zentrale Anliegen der Liberalen waren die Gründung einer Nation, der Erlass von Verfassungen, die Durchsetzung von Menschenrechten, aber auch eine freie Wirtschaftsordnung.

Nach der Julirevolution 1830 in Frankreich kam es in einigen europäischen Ländern zu revolutionären Erhebungen. Höhepunkt in den deutschen Ländern war das **Hambacher Fest 1832**, bei dem ca. 20.000 bis 30.000 Menschen zusammenkamen und sowohl nationale (einheitlicher deutscher Nationalstaat) und liberale (mehr freiheitliche Rechte des Einzelnen) als auch soziale Forderungen stellten.

Trotz aller Bemühungen der Obrigkeit war diese Bewegung nicht mehr einfach zu unterdrücken; letztendlich kam es im **März 1848 zur Revolution** in Deutschland, welcher Erhebungen und

Unruhen in Frankreich vorausgegangen waren. Nach den Märzaufständen trat in der Frankfurter Paulskirche das erste gesamtdeutsche Parlament zusammen und verabschiedete nach langer Diskussion im März 1849 eine Verfassung, die einen bis heute vorbildliche Zusammenstellung an Grundrechten enthielt. Die Paulskirchenversammlung scheiterte schließlich jedoch am Widerstand der erstarkten alten Gewalten. Dennoch hatte die Revolution Fortschritte gebracht; die liberalen und nationalen Bestrebungen konnten langfristig nicht mehr aufgehalten werden.

Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland 1850 bis 1914

Die Industrialisierung begann um 1770 in England. Dort hatten technische Erfindungen einen Wandel in der Textilproduktion eingeleitet. Von entscheidender Bedeutung für die Industrialisierung war die Entwicklung der Dampfmaschine. Durch weitere technische Erfindungen, Maschinen und den Handel fand ein tiefgreifender Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen statt. Daher spricht man auch von der so genannten **industriellen Revolution**. Um 1830 begann in den deutschen Staaten die Industrialisierung, wobei der Eisenbahnbau eine Schlüsselrolle einnahm. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fand so in Deutschland der Übergang von der Agrargesellschaft (Leben von der Landwirtschaft) zur Industriegesellschaft statt. Allerdings war die Lebens- und Arbeitssituation der Arbeiter äußerst bedrückend, was zur **sozialen Frage** führte: Verelendung, extrem lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, unzumutbare Arbeitsbedingungen, Wohnungsnot, fehlende Absicherung bei Krankheit und Invalidität waren nur einige der Probleme. Zunächst versuchten Vertreter der Kirche (z.B. Kolping oder Wiechern) und einige Unternehmer (z.B. Krupp) die Situation der Arbeiter zu verbessern. Die Regierenden handelten erst spät (1883 bis 1889) durch die Einführung einer für die damalige Zeit sehr fortschrittlichen und einmaligen **Sozialgesetzgebung** (Kranken-, Unfall- und Altersversicherung), auf welcher noch heute unser soziales Netz basiert. Im Rahmen der **Arbeiterbewegung** entstand ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Arbeitern und sie versuchten, ihre Lage zu verbessern. Die Betroffenen organisierten sich in Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften oder Parteien, um ihre Benachteiligung auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu beseitigen. Einen revolutionären Ansatz zur Lösung der sozialen Frage unterbreiteten 1848 Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest“. Mit ihrer Lehre des **Sozialismus** (lat. *socius*: Genosse) bzw. **Kommunismus** strebten sie eine Gesellschaftsordnung an, in der die Bedürfnisse der Gemeinschaft über den Rechten des Individuums stehen sollten. An die Stelle des Privateigentums an Grund, Boden und Kapital sollte das Volkseigentum treten. Die Gleichheit aller wurde verfolgt. Der Sozialismus wurde als notwendige Übergangsphase zum Kommunismus, der eigentlichen klassenlosen Gesellschaft, gesehen. Diese Ansichten widersprachen der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Auch nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 blieb eines der obersten Ziele der deutschen Nationalbewegung die politische Einigung. In diesem Zusammenhang ist auch der Begriff des **Nationalismus** zu nennen: Hierunter versteht man meistens eine negativ übersteigerte Form des Nationalgefühls, welche sich in einer aggressiven nationalen Interessenspolitik niederschlagen kann. Die Bildung eines **deutschen Kaiserreiches** vollzog sich unter der

Führung Preußens, nachdem sich dieses nach Kriegen gegen Dänemark (1864) und Österreich (1866) große Teile Norddeutschlands einverleibt hatte. Unter preußischer Führung gewannen die deutschen Staaten 1870/71 auch einen Krieg gegen Frankreich. Schon während dieser Auseinandersetzung fanden Verhandlungen über eine Reichsgründung statt. Letztlich wurde am 18.1.1871 der preußische König im Spiegelsaal von Versailles zum ersten deutschen Kaiser Wilhelm I. ausgerufen. Der preußische Ministerpräsident **Otto von Bismarck** (1815-1898) wurde zugleich deutscher Reichskanzler und vertrat die Interessen der Monarchie. Er gilt als Motor der deutschen Reichsgründung und hat mit seiner Politik die Anfangsjahre des Kaiserreiches entscheidend beeinflusst. Das Reich erhielt die Form einer konstitutionellen Monarchie und schloss an die Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation (962-1806) an. Es bestand bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918. Viele Menschen wurden von der Reichsgründung enttäuscht, da diese nicht die erhoffte politische Freiheit brachte, sondern vor allem die Stellung der alten Eliten von Adel und Militär weiter stärkte. Es bestand zwar ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Männerwahlrecht für den **Reichstag**, aber dem Parlament fehlten wichtige Befugnisse, um das politische Geschehen zu beeinflussen. Der Reichskanzler und die Reichsregierung waren der Volksvertretung gegenüber nicht verantwortlich und der Kaiser konnte das Parlament jederzeit auflösen. Im Reichstag organisierten sich die politischen Richtungen (Sozialisten – Liberale – Nationale – politische Katholiken („Zentrum“) – Konservative) in Form von **Parteien**. Zu diesen hatten sich Bürger mit gemeinsamen politischen Vorstellungen und Zielen zusammengeschlossen, um Einfluss auf die Gestaltung des Staates zu nehmen. Kennzeichen einer Partei sind eine dauerhafte Organisation, ein Parteiprogramm, welches die Ziele fixiert, und die Absicht, die Verhältnisse im Staat mitzugestalten. Die Wurzeln der Parteien gehen auf die politischen Klubs von 1848/49 zurück. Otto von Bismarck war um eine innere Festigung des neuen Reiches bemüht und ging daher vehement gegen so genannte Reichsfeinde vor. Zu diesen zählte er vor allem die katholische Kirche und die Sozialisten, da beide „international“ ausgerichtet waren. Der **Kulturkampf** gegen die katholische Zentrumsparterie und die katholische Kirche dauerte etwa von 1871 bis 1887. In diesem Konflikt um Machtansprüche und die Abgrenzung von staatlichem und kirchlichem Einflussbereich ergriff Bismarck zahlreiche Maßnahmen: Verbot für Geistliche, von der Kanzel über Staat und Politik zu sprechen (Kanzelparagraph), Verbot des Jesuitenordens, Einführung der staatlichen Schulaufsicht, Einführung der Zivilehe (Standesamt). Allerdings ging das Zentrum aus dem Kulturkampf gestärkt hervor und Bismarck musste seine Maßnahmen teilweise zurücknehmen. In der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie wurde das **Sozialistengesetz** erlassen (1878-1890). Es verbot alle sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Vereine, Versammlungen und Schriften, wobei jedoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestehen blieb. Ziel war die Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften. Zudem sollte die neu eingeführte Sozialgesetzgebung (siehe oben) die Arbeiter an das Reich binden. Insgesamt stellte sich dieses Vorgehen jedoch als Fehlschlag heraus, da die Sozialdemokratie stark an Wählern gewann.

Imperialismus und Erster Weltkrieg

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts konkurrierten die Großmächte um Kolonien, vor allem in Afrika und Asien. Als Epoche des **Imperialismus** bezeichnet man den Zeitraum zwischen ca. 1880 und 1914/18, in dem die Großmächte Kolonialreiche schufen und die Welt in Einflusssphären aufteilten. Gründe für den (häufig gewaltsamen) Aufbau einer direkten oder indirekten Herrschaft über Kolonien waren Machtstreben, religiöses oder kulturelles Sendungsbewusstsein, wirtschaftliche Interessen oder Ablenkung von innenpolitischen Problemen. Das Konkurrenzdenken unter den Großmächten führte zu politischen und militärischen Auseinandersetzungen, welche letztlich in den Ersten Weltkrieg mündeten. Auf Grund der Großmachtbestrebungen des Deutschen Kaiserreiches fühlten sich u.a. Großbritannien, Frankreich und Russland bedroht und sicherten sich gegenseitig ihre Hilfe im Fall eines deutschen Angriffes zu. Hauptkonfliktgebiet zwischen den europäischen Großmächten war nach 1905 der Balkan; dort standen sich Österreich-Ungarn und das von Russland unterstützte Serbien unversöhnlich gegenüber. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo (1914) löste letztendlich den **Ersten Weltkrieg (1914-1918)** aus. Symbol für die Sinnlosigkeit der „Materialschlachten“ und das grauenhafte Massensterben wurde die Schlacht um Verdun 1916. Der Kriegseintritt der USA und die **Oktoberrevolution in Russland** machten das Jahr **1917** zu einem „Epochenjahr“. Beide Ereignisse veränderten das Kräfteverhältnis in Europa und der Welt grundlegend.

Nach der deutschen Kapitulation 1918 beendete der **Vertrag von Versailles** (unterzeichnet 1919; in Kraft getreten 1920) zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten formell den Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde in diesem Vertrag die Alleinschuld am Krieg zugewiesen (Art. 231), was einschneidende Gebietsabtretungen und hohe Reparationszahlungen mit sich brachte. Die Bedingungen führten in der Folgezeit zu scharfen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland.